

Im Ausland zieht sich ein Netz wegen Kriegsverbrechen um israelische Soldaten zusammen

Die Verhaftung und Befragung von zwei israelischen Soldaten in Belgien wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen im Gazastreifen könnte einen Wendepunkt im Streben nach globaler Rechenschaftspflicht markieren

Alessandra Bajec, newarab.com, 04.08.25

Mitte Juli verhaftete und verhörte die belgische Polizei zwei israelische Soldaten auf dem Tomorrowland-Musikfestival in Boom, nachdem pro-palästinensische Gruppen vorgeworfen hatten, sie hätten Fahnen ihrer Armeebrigade geschwenkt.

Die Anstrengungen, Israel zur Rechenschaft zu ziehen, beschränkten sich bislang weitgehend auf internationale Gerichte und Länder des globalen Südens. Die Verhaftungen in Belgien deuten jedoch darauf hin, dass einige westliche Akteure angesichts der sich häufenden Beweise für Kriegsverbrechen Israels zunehmend Unbehagen zeigen und beginnen, eine entschlosseneren Haltung einzunehmen.

Ermöglicht wurde dies durch die *Hind Rajab Foundation (HRF)* und das *Global Legal Action Network (GLAN)*, die zuvor Klagen gegen die Soldaten eingereicht hatten und sie der Beteiligung an Gräueltaten im Gazastreifen beschuldigten. Die juristischen Organisationen führen ähnliche Verfahren in mehreren Regionen durch.

Die der Kriegsverbrechen verdächtigten Männer wurden kurz in Gewahrsam genommen, verhört und dann wieder freigelassen. Die belgische Staatsanwaltschaft bestätigte, dass eine strafrechtliche Untersuchung im Gange ist.

„Die Staaten haben die Rechtsgrundlage und die Verantwortung zu handeln, um die Einhaltung des internationalen Rechts zu gewährleisten. Dies ist ein Riss in der Mauer der Straflosigkeit“, kommentierte Gearóid Ó Cuinn, Gründungsdirektor der in Großbritannien ansässigen GLAN, die Entscheidung der belgischen Staatsanwaltschaft gegenüber *The New Arab*. Er betonte, dass dies das erste Mal sei, dass dienende israelische Soldaten im Zusammenhang mit Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht im Gazastreifen verhaftet worden seien, und bezeichnete dies als entscheidende Anerkennung der Schwere ihrer mutmaßlichen Verbrechen.

Nach Ansicht des Direktors der Anwaltsvereinigung verdeutlicht der Schritt der belgischen Behörden die Schwere der ihnen vorgeworfenen Verbrechen, wobei die zwingenden Beweise gegen einzelne Soldaten die Staatsanwälte zum Handeln veranlassen. Dies zeige auch, dass sich die Erkennt-

nis durchsetze, dass „Drittstaaten völkerrechtliche Verpflichtungen haben“ und daher ihrer Verantwortung gerecht werden müssten.

In einem Interview mit *TNA* erklärte Celeste Kmiotek, Juristin im *Strategic Litigation Project* des *Atlantic Council*, dass die Bedeutung des Falles darin liege, das Recht gleichmäßig und universell anzuwenden, da die Doppelmoral in Gaza das Vertrauen in das internationale Recht untergraben habe.

Die Befragung erfolgte auf der Grundlage einer neuen Bestimmung im belgischen Strafgesetzbuch, die seit letztem Jahr in Kraft ist und es den Gerichten ermöglicht, im Ausland begangene Taten zu untersuchen, die unter internationale Verträge fallen, die das Land ratifiziert hat, darunter die Genfer Konventionen von 1949 und das UN-Übereinkommen gegen Folter von 1984. Dies schuf eine Rechtsgrundlage für die Anwendung der universellen Gerichtsbarkeit Belgiens, die die Verfolgung mutmaßlicher Straftaten außerhalb seiner Grenzen ermöglicht.

„Es ist ein Schritt nach vorn, der zeigt, dass die Staatsanwälte beginnen, die Schwere der fraglichen Verbrechen zu erkennen und sich der Justiz zuzuwenden“, erklärte Shahd Hammouri, Dozent für internationales Recht an der Universität Kent, gegenüber *The New Arab*.

Der palästinensische Anwalt sagte, dass das Eingreifen der belgischen Justiz auch dazu beiträgt, die Auffassung der Israelis zu durchbrechen, dass sie nicht zur Rechenschaft gezogen werden können, und die Soldaten dazu zwingt, ihre Handlungen zweimal zu überdenken, da sie wissen, dass sie in Zukunft mit Strafverfolgung oder Reisebeschränkungen rechnen müssen.

Der belgische Fall war der erste Fall in einem europäischen Land, in dem israelische Verdächtige, die mit Kriegsverbrechen im Gazastreifen in Verbindung gebracht werden, verhaftet und formell befragt wurden. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Rechenschaftspflicht für die an dem Völkermord Beteiligten, insbesondere angesichts der weit verbreiteten Untätigkeit der Regierungen und der weltweit wachsenden Empörung.

Seit Oktober 2023 sind im Gazastreifen mehr als 60.000 Palästinenser getötet worden, da Israels Krieg und Blockade das Gebiet in Trümmer gelegt haben, ein Massenhunger sowie ein kritischer Mangel an Medikamenten und anderen lebenswichtigen Dingen herrscht.

„In einer Zeit, in der viel zu viele Regierungen schweigen, sendet diese Aktion eine klare Botschaft: Auf glaubwürdige Beweise für internationale Verbrechen muss mit rechtlichen Maßnahmen reagiert werden, nicht mit politischer Gleichgültigkeit“, so die in Belgien ansässige *Hind Rajab Foundation* in einer Erklärung.

Die Stiftung, die nach einem fünfjährigen palästinensischen Mädchen benannt ist, das zusammen mit seiner Familie zu Beginn des Krieges von israelischen Truppen getötet wurde, setzt sich für die Verhaftung von israelischen Militärangehörigen ein, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt wer-

den. Sie hat die eigenen Social-Media-Aufnahmen von reisenden Soldaten als Beweismaterial für Untersuchungen von Kriegsverbrechen verwendet.

Die *HRF* hat zusammen mit anderen juristischen Gruppen Anstrengungen unternommen, um rechtliche Schritte gegen niedere und hochrangige israelische Offiziere einzuleiten, was einige Israel-Urlauber veranlasst hat, aus verschiedenen Ländern zu fliehen.

Ó Cuinn verwies auf stichhaltige Beweise für die Mittäterschaft auf Fotos und Videos, die von israelischen Soldaten veröffentlicht wurden und die zeigen, wie sie sich offen mit ihren Gräueltaten brüsten, sie filmen und veröffentlichen und dabei auch ihre Bewegungsdaten preisgeben.

„Die Informationen liegen vor, und die Behörden müssen jetzt darauf reagieren. Wenn der Wille vorhanden ist, ist es durchaus möglich“, sagte er und wies darauf hin, dass die Schlüsselfrage darin bestehe, ob die Nationen ein echtes Engagement für die Rechtsstaatlichkeit zeigen und handeln werden.

Durch die Berufung auf die universelle Gerichtsbarkeit hat Belgien seine Befugnis bekräftigt, Personen wegen schwerwiegender Verstöße gegen das Völkerrecht strafrechtlich zu verfolgen, unabhängig davon, wo die Straftaten begangen wurden. Diese Maßnahme könnte andere Staaten dazu veranlassen, diesem Beispiel zu folgen, die universelle Gerichtsbarkeit als rechtliche Verpflichtung anzuerkennen und klarzustellen, dass glaubwürdige Beweise für internationale Verbrechen mit Strafverfolgung geahndet werden müssen.

Auf der Dringlichkeitskonferenz in Bogotá im vergangenen Monat einigte sich die *Haager Gruppe* mit 12 Nationen – Bolivien, Kolumbien, Kuba, Indonesien, Irak, Libyen, Malaysia, Namibia, Nicaragua, Oman, St. Vincent und die Grenadinen sowie Südafrika – auf die sofortige Umsetzung von sechs Maßnahmen gegen Israel, darunter die Verfolgung internationaler Verbrechen in ihren nationalen Gerichtsbarkeiten auf der Grundlage der universellen Gerichtsbarkeit.

Die Anstrengungen, Israel zur Rechenschaft zu ziehen, beschränkten sich bislang weitgehend auf internationale Gerichte und Länder des globalen Südens. Die Verhaftungen in Belgien deuten jedoch darauf hin, dass einige westliche Akteure angesichts der sich häufenden Beweise für Kriegsverbrechen Israels zunehmend Unbehagen zeigen und beginnen, eine entschlosseneren Haltung einzunehmen, insbesondere angesichts der sich verschärfenden Hungersnot in Gaza.

Hammouri rechnet mit einem Dominoeffekt in ganz Europa, wobei andere Mitgliedstaaten möglicherweise dem Beispiel Belgiens folgen werden, obwohl Hammouri nicht nur die Untätigkeit der EU kritisierte, sondern auch deren aktive Komplizenschaft während des fast 22 Monate andauernden Krieges Israels gegen Gaza. „Die europäischen Nationen haben sich auf die abscheulichste Weise mitschuldig gemacht“, sagte der Anwalt für internationales Recht und deutete damit an, dass die EU-Länder jeden Anschein der Einhaltung des Völkerrechts aufgegeben haben.

Die Rechtsprofessorin betonte, dass sich die internationale Ordnung an einem kritischen Wendepunkt befinde, da die meisten Nationen ihre Verpflichtungen vernachlässigten. Die Initiative Belgiens könne in diesem Sinne dazu beitragen, das internationale Rechtssystem wiederzubeleben und seine Legitimität wiederherzustellen, fügte sie hinzu. „Die Staaten müssen das absolute Minimum tun, sie haben die grundlegende Pflicht, Kriegsverbrecher zu verfolgen. Das ist eine grundlegende Norm des Völkergewohnheitsrechts“, sagte Hammouri.

„Es ist entscheidend, dass die Länder Dynamik und politischen Willen entwickeln, damit die zuständigen Teams mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet und unterstützt werden, um Fälle im Rahmen der universellen Gerichtsbarkeit zu verfolgen“, sagte Kmíotek, der sich auf die Strafverfolgung von Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen konzentriert.

Die Anwältin des *Atlantic Council* skizzierte zusätzliche Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht, um Gerechtigkeit für die Opfer in Gaza zu gewährleisten, darunter die Bildung gemeinsamer Ermittlungsteams, die Einleitung struktureller Untersuchungen zum Aufbau umfassenderer Beweise, um eine zeitnahe Strafverfolgung zu ermöglichen, und die Förderung des Informationsaustauschs zwischen den Staaten.

Sie wies auch darauf hin, daß Länder den Internationalen Strafgerichtshof unterstützen können, indem sie Ressourcen bereitstellen, ihn vor den Auswirkungen der US-Sanktionen schützen und inländische Unternehmen strafrechtlich verfolgen, die sich an Gräueltaten in Gaza mitschuldig gemacht haben.

Die Einleitung rechtlicher Schritte gegen israelische Staatsbürger könnte den initiierenden Staat einer Gegenreaktion seitens Israels oder seiner Verbündeten aussetzen. Gearóid Ó Cuinn glaubt jedoch, dass dieses Risiko abnimmt, da immer mehr Länder im globalen Norden gegen Israels anhaltenden Völkermordkrieg in Gaza Stellung beziehen, was es für Tel Aviv zunehmend schwieriger macht, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Letzte Woche forderte der irische Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und Handel die Regierung auf, ihr Gesetz über besetzte Gebiete zu erweitern, um ein vollständiges Verbot des Handels mit Waren und Dienstleistungen mit illegalen israelischen Siedlungen in der besetzten Westbank aufzunehmen.

Die Niederlande haben Sanktionen gegen Israel angedroht, darunter die Aussetzung der Handelskomponente des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, während Schweden sich dieser Forderung angeschlossen hat und die EU auffordert, ihre Handelspartnerschaft mit Israel auszusetzen.

Ó Cuinn kritisierte jedoch die belgischen Behörden für die Freilassung der beiden israelischen Soldaten und warnte, dass die Nichtverfolgung von Kriegsverbrechern dazu führen könnte, dass diese

nach Gaza zurückkehren und weitere Straftaten begehen. „Wenn Staaten es ernst meinen mit der Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit gegenüber der Herrschaft der Macht, müssen sie sicherstellen, dass ihre Hoheitsgebiete keine sicheren Zufluchtsorte für mutmaßliche Kriegsverbrecher sind“, argumentierte er.

Die mutmaßlichen Täter sollen kurz nach ihrer Freilassung in die Niederlande geflohen sein, woraufhin die *HRF* und *GLAN* umgehend eine zweite Strafanzeige bei den niederländischen Behörden einreichten und ihre Festnahme forderten.

Letzte Woche haben belgische Staatsanwälte die Beschwerden gegen die beiden Mitglieder des israelischen Militärs an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) weitergeleitet. Die *Hind Rajab Foundation* forderte das internationale Gericht auf, unverzüglich zu handeln und Haftbefehle gegen die beiden zu erlassen.

Kmiotek erklärte, dass die Anklagebehörde des IStGH Zeit benötigen werde, um die Unterlagen zu prüfen, gegebenenfalls weitere Ermittlungen durchzuführen, festzustellen, ob die Verdächtigen unter ihr Mandat zur Verfolgung der „Hauptverantwortlichen“ für Kriegsverbrechen fallen, und schließlich Haftbefehle zu beantragen.

Sie bekräftigte, dass Belgien und andere Staaten konkrete Folgemaßnahmen gegen mutmaßliche Täter ergreifen müssen, die über die Inhaftierung und Überstellung hinausgehen. „Nationale Gerichtsbarkeiten spielen eine entscheidende Rolle bei der Ergänzung des IStGH und anderer internationaler Justizmechanismen“, sagte sie.

Alessandra Bajec ist freiberufliche Journalistin und lebt derzeit in Tunis.

Quelle:

<https://www.newarab.com/analysis/war-crimes-net-tightening-around-israeli-soldiers-abroad>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de